

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kfirringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadiensf

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 27. Sept. 1930

Bündnis: Moskau - Rom.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

(Von unserem Orientkorrespondenten.)

SPD. Haifa, im September (Eig. Bericht)

Die Nachricht vom Abschluss eines Handelsabkommens zwischen Italien und Sowjetrussland hat im Mittleren Osten einige Bewegung hervorgerufen. Diese Unruhe ist keineswegs nur auf blosse Gespensterseherei zurückzuführen, sie gründet sich vielmehr auf eine langjährige Beobachtung der von beiden Mächten in den letzten Jahren beliebten Politik.

Im Orient pflegt man inbezug auf das Rauschen der Unterströmungen sehr hellhörig zu sein und die Häufung zahlreicher nach aussen nicht so deutlich hervortretender Handlungen liefert immer von neuem den Beweis, dass die neuen Freunde im Stillen mehr vorhaben als ihre Gesten in der Öffentlichkeit glauben machen wollen. Jeder Tag zeigt das Bestehen eines grossangelegten russischen Operationsplanes gegen die Existenz der europäischen Kolonialmächte, an deren Schwächung Italien ebenfalls ein lebhaftes Interesse hat. Aus begreiflichen Ursachen kann das faschistische Italien nicht die Unterwelt in diesem Umfange in Bewegung setzen wie das bolschewistische Russland, aber wenn die Gelegenheit günstig ist, an einem Feuerchen das Süppchen zu kochen, dann ist Mussolini zur Stelle. Wenn nicht England rechtzeitig auf der Hut gewesen wäre, hätte Italien nur zu gern die Gelegenheit zu einer Intervention in Ägypten benutzt. Es schürt noch immer weiter in Arabien und sucht seinen moralischen Einfluss in der Türkei wie in Persien zu stärken.

Die Ambitionen beider Mächter bedrohen die ohnehin nicht sehr grosse Ruhe des Vordern Orients stärker als alle anderen Einflüsse. Italien und Russland gelten als das Prinzip des vereinten Geistes, die um jeden Preis den Zusammensturz des bestehenden schwankenden von England und Frankreich errichteten Gebäudes wollen. Während sich Moskau hierbei als der Volkstrecker einer grossen geschichtlichen Idee fühlt, gefällt sich Italien in der Rolle des bei der Erbteilung übers Ohr gehauenen jüngern Bruders. Wie hoch die entgangene Quote ist, vermag Mussolini selbst nicht anzugeben. Seine Ansprüche sind sehr labil und ändern sich dauernd je nach dem wie er im Augenblick die politischen und militärischen Chancen seines Gegners beurteilt. Trotz der Unklarheit seiner Ziele sind die Methoden der Propaganda, die dem Gedanken des Faschismus im Osten die Wege ebnen sollen, nicht weniger skrupellos als die russischen. Infolgedessen ist mit einer Einstellung weder der russischen wie der italienischen Provokationen zu rechnen, solange in Italien der Faschismus und in Russland der Bolschewismus die bestimmenden Faktoren sind. Unter diesen Umständen ist die römisch-moskowitzische Koalition kein Wunder der Natur, wenn ihre Kontrahenten auch verschieden sind wie Feuer und Wasser. Im Orient ist von diesem Gegensatz übrigens sehr wenig zu merken. An der Peripherie hat man es noch nicht nötig, sich gegenseitig zu beschimpfen, da die Gebiete der Propaganda streng geschieden sind und der Einfluss beider Richtungen im öffentlichen Leben noch nicht

so gross ist, dass es sich verlohnte, Gladiatorenbanden für den Tagesgebrauch zu unterhalten.

Infolgedessen können sich beide ruhig in eine diplomatische Einheitsfront gegen die Erbfeinde England und Russland rangieren, ohne dass die gegenseitigen kleinen Privatgeschäfte darunter leiden. So versuchen Italien wie Russland jedes auf seine Art Vorstösse gegen die ökonomische Position ihrer Rivalen. Hierbei hat Italien allerdings wesentlich geringere Erfolge zu verzeichnen als sein neuer Partner. Die italienische Industrie ist nicht in der Lage einzig und allein um der Propaganda willen ihre Produkte so billig zu verschleudern wie die russische Staatswirtschaft. Der Levantehandel Italiens, der in den ersten Jahren nach dem Kriege einen aufsehenerregenden Aufschwung genommen hat, befindet sich seit einiger Zeit in einer Periode der Stagnation. Auch eine durch die eiserne Faust auf Kosten der arbeitenden Klassen dirigierte Wirtschaft ist den grossen ökonomischen Gesetzen unterworfen und vermag keine Wunder zu wirken.

Die eigentliche Bedeutung der italienisch-russischen Verbindung liegt auf dem Gebiet eines Zusammenwirkens in der politischen Intrigue. In unterrichteten Kreisen will man wissen, dass die Handelskonvention nur den Vorwand für ein politisches Geheimabkommen abgibt, das sich auf eine gemeinsame diplomatische Aktion im Vorderen Orient bezieht. Obwohl sich diese Behauptung im Augenblick nicht restlos nachprüfen lässt, so klingt sie doch nicht unwahrscheinlich denn sie deckt sich vollständig mit den grossen Gesetzen des beiderseitigen politischen Handelns.

Als Punkt zur Aufrollung der Orientfrage in ihrem Sinne denken sich sowohl Russland wie Italien die Türkei. Das Techtelmechtel Angoras mit Moskau wie mit Rom ist in den letzten Monaten auffällig zärtlich geworden. Russland leistet Mustapha Kemal in der kurdischen Frage wichtige Helferdienste, während Italien gegenüber die Geistesverwandtschaft der beiden Diktatoren über das ursprüngliche Misstrauen den Sieg davongetragen hat. Durch eine zähe und systematische Arbeit ist die Türkei zu einem willfährigen italienischen Bundesgenossen gemacht worden, dessen Zukunftsaufgabe darin bestehen soll, die von Russland wie von Italien seit langem erwünschte Koalition der unabhängigen orientalischen Mächte bei passender Gelegenheit doch einmal Wirklichkeit werden zu lassen. Die Mattsetzung Afghanistans durch England, die türkisch-persischen Differenzen über Kurdistan, die vorsichtige Zurückhaltung Ibn Sauds und die innern Wirren Ägyptens, bei denen die Gegner mehr als je auf die Gnade Englands angewiesen sind, lassen die Stunde für diesen Plan nicht gerade günstig erscheinen. Bei den blitzartigen Veränderungen in der Politik des Mittleren Ostens kann aber die grösste Absurdität über Nacht feste Gestalt annehmen und das vor drei Jahren auf einer Zusammenkunft in Odessa zwischen dem kürzlich von der Bildfläche verschwundenen Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin, und dem türkischen Aussenminister, Tewfik Ruchdy Bey, geborne Projekt kann trotz aller Schwierigkeiten schon morgen Realität werden. Bis dahin kann die Türkei als Sturmbock gegen England und Frankreich noch andere wichtige Dienste leisten. Die kürzliche Weigerung der Türkei, Mitglied des Völkerbundes zu werden, ist beispielsweise bereits das Ergebnis des Zusammenwirkens dieser bizarren politischen Dreieinigkeit. Im Zusammenhang damit ist es durchaus möglich, dass die Vermutung vom Bestehen militärischer Klauseln den Tatsachen entspricht, die sich, wie es heisst, auf die Abwehr von Angriffen beschränken sollen. Bei der Gemeinsamkeit der faschistischen wie der bolschewistischen Ideologie, die Neugestaltung der Welt in ihrem Sinne nicht nur mit geistigen Mitteln sondern unter Umständen mit dem Schwert zu versuchen, werden die vertragschliessenden Partner ohne Zweifel auch an einen casus belli gedacht haben.

Allerdings besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, dass die neuen Freunde auch unter Umständen bereit sind, ihren Bund nicht allzu ernst zu nehmen und dass sie ihn weniger auf Gedeih und Verderb als zu Rosstäuscherzwecken geschlossen haben und sich in die Haare geraten werden, wenn die Unmöglichkeit zu Tage tritt, sich gegenseitig zu prellen.

SPD. Paris, 27. September (Eig. Drahtb.)

Ein neuer Goldtransport der Reichsbank, der vierte seit Beginn der Woche, ist am Sonnabend in Paris eingetroffen. Auch er betrug wieder 35 Millionen Reichsmark, sodass sich der Gesamtbetrag der Goldabflüsse seit Wochenbeginn auf rund 140 Millionen Reichsmark stellt.

Die Goldtransporte nach Paris sind in der Hauptsache darauf zurückzuführen, dass aus einer begreiflichen Reflexbewegung gegen den Ausfall der Reichstagswahlen zahlreiche französische Geldgeber ihre nach Deutschland gegebenen kurzfristigen Kredite gekündigt haben.

SPD. Braunschweig, 27. Sept. (Eig. Dr.)

Die Kurse der braunschweigischen Staatsanleihe sind in den letzten Tagen erheblich gefallen. Während die Anleihen anderer deutscher Staaten um durchschnittlich fünf Prozent sanken, stürzten die Kurse der braunschweigischen Staatsanleihe um sieben Prozent. Sie wären noch erheblicher gestürzt, wenn die braunschweigische Staatsbank nicht in grossem Umfange Stützungskäufe vorgenommen hätte. Die Ursache dieser Kursstürze ist in der kommenden Regierungsbildung mit den Nazis zu suchen.

SPD. Leipzig, 27. September (Eig. Drahtb.)

Der Leipziger Prozess kriecht weiter. Die Beteiligten werden immer nervöser, die Zahl der Zusammenstösse wird immer grösser. Konziliant und höflich ist eigentlich nur noch der Verkehr zwischen dem Vorsitzenden und den "Herren" Angeklagten, und den Zeugen, die übrigens alle mit dem nationalsozialistischen Parteiabzeichen auftreten dürfen. Belastungszeugen können von den Verteidigern freilich auf das gröblichste angegriffen und beleidigt werden; die Angegriffenen würden sich aber verrechnen, wenn sie glauben sollten, von diesem Gericht geschützt zu werden. Der völkische Zeuge Pfeffer beschuldigt beispielsweise der Untersuchungsrichter Braune, der die Voruntersuchung führte, des Falscheids. Und der Vorsitzende, Senatspräsident Baumgarten, fordert den Untersuchungsrichter auf, sich zu verteidigen! Ungestraft, sogar ungerügt darf der Verteidiger Rechtsanwalt Frank II, München, sagen, dass der Untersuchungsrichter im Empfinden der Öffentlichkeit in diesem Prozess als der eigentliche Angeklagte dastehe...

Übrigens möchte Herr Frank zum Fall Braune, den er sich mit Gewalt zu konstruieren bemüht, eine besondere Erklärung abgeben. Die Erklärung richtet sich gegen eine Berliner Zeitung, die die in dieser Form allerdings falsche Meldung brachte, dass die drei Verteidiger des Leipziger Prozesses gegen Landgerichtsdirektor Braune die Meineidsklage eingereicht hätten. Wohl widerruft Herr Frank folgendermassen: "Tatsache ist, dass ein Zeuge an mich das Ansinnen gestellt hat, eine solche Anzeige zu erstatten. Ich habe erklärt, dass das im jetzigen Stadium des Prozesses nicht möglich sei, und dass ich mich erst über die rechtlichen Möglichkeiten informieren, mich auch erst mit meinen Mitverteidigern in Verbindung setzen müsste." Rechtsanwalt Sack erklärt von sich aus, dass er das Ansinnen abgelehnt habe, Rechtsanwalt Kamecke das gleiche. Der Hitleranwalt "dementiert" gewundener, man merkt, er möchte...

Der Vorsitzende glaubt sich mit der Presse im allgemeinen beschäftigen zu müssen. Jene Sensationsjournalisten der Rechtsblätter, die in völliger Unkenntnis der prozessualen Pflichten des Untersuchungsrichters dessen Massnahmen aufs ungehörigste kritisiert haben, zur Objektivität zu ermahnen, ist ohne Zweifel sein gutes Recht. Dass aber auch ein Zeuge, der 26 jährige Herr Leutnant Wintzer, mitten in der Beweiserhebung aufstehen darf, um sich über die "BZ am Mittag" und das "Achtuhr-Abendblatt", die angeblich seine

Ausserungen nicht richtig wiedergegeben haben sollen, zu beschweren - das ist entschieden gegen die Prozessordnung. Regimentskommandeur Oberst Beck endlich wendet sich mit mehr Recht gegen das deutschnationale Abendblatt der "Leipziger Neusten Nachrichten", die "Leipziger Abendpost", die ganz zu Unrecht behauptet hat, dass der Prozess gegen Heyes Willen geführt werde. Diese Meldung war selbstverständlich falsch.

An Zeugen ist in der Sonnabendsitzung nur Leutnant Löhr vernommen worden, der mit Ludien in Berlin über die Rettung des Reiches im allgemeinen und über die des Heeres im besonderen konferiert hat. Ludien soll gesagt haben, man wolle Anschluss an die nationalen Verbände suchen und dafür sorgen, dass die jetzige Regierung, die nicht national sei, durch eine andere ersetzt werde. Löhr will geantwortet haben, dass er die nationale Bewegung für sympathisch aber jedes gewaltsame Vorgehen für Blödsinn halte. Der Vorsitzende fragt, ob Ludien gesagt habe, dass bei einem eventuellen Putsch der Rechtsverbände die Reichswehr nicht schießen dürfe. Hier antwortet der Zeuge, der seinen Kameraden offenbar nicht belasten möchte nur gewunden und unklar.... Nach der Berliner Besprechung hat der seinerzeit in Jüterbog Dienst tuende Leutnant Löhr noch einen Brief an Ludien geschrieben, in dem er ihm mitteilte, dass ihm seine Gedanken sehr sympathisch wären, dass er aber sonst auf ihn nicht rechnen könne.

Worauf nun eigentlich rechnen? Bei einer Weigerung gegebenenfalls gegen rechts zu schießen? Oder vielleicht bei nationalsozialistischer Zersetzungsarbeit? Der Zeuge Löhr behauptet, dass er bisher nur von kommunistischer Zersetzungsarbeit gewusst habe. Den Begriff nationalsozialistischer Zersetzungsarbeit will er im übrigen nicht gekannt haben. Man weiss nicht, ob der Zeuge Löhr tatsächlich so dumm ist, wie er sich stellt. Seine Aussagen sind durchaus unklar und undeutlich. Zwar wird er zum Schluss vereidigt, aber wir können nicht finden, dass der hohe Senat sich mit der Aufklärung der von dem Zeugen so ungenau geschilderten Vorgänge genügend lange Zeit beschäftigt hat.

Nun darf man wirklich auf den weiteren Verlauf der Beweisaufnahme, die am Montag morgen um 9 1/4 Uhr fortgesetzt wird - für Dienstag sind die Plädoyers angesetzt - gespannt sein.

SPD. Paris, 27. September (Eig. Drahtb.)

Unter ausserordentlich grossem Andrang fand am Sonnabend vor dem Pariser Handelsgericht die Vergleichsverhandlung zwischen Frau Hanau und ihren Gläubigern statt. Die Präsidentin der "Gazette du Franc" hat ihren einstigen Kunden 100 prozentige Entschädigung, zahlbar allerdings erst innerhalb fünf Jahren zugestanden. Um einen noch leuchtenderen Beweis ihrer Rechtschaffenheit zu geben, hat sie sich neuerdings auch bereit erklärt, auf ihre eigenen Ansprüche in angeblicher Höhe von ungefähr 30 Millionen Franken zu verzichten, ebenso auf ihr und ihres geschiedenen Gatten persönliches Vermögen von sieben Millionen Franken.

SPD. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat sich infolge Zugangs an Stimmen bei der Feststellung des endgültigen Ergebnisses in den Wahlkreisen die Zahl der gültigen Stimmen auf 34 956 723 erhöht, darunter 4 590 179 Stimmen für die Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei Deutschlands. Diese Partei wird daher mit 77 Abgeordneten (nicht 76) im neuen Reichstag vertreten sein. Für die übrigen Parteien bedeutet der Zuwachs an Stimmen keinen Mandatsgewinn. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt nunmehr 577.

SPD. Angora, 27. September (Eig. Drahtb.)

Der türkische Staatschef Kemal Pascha hat den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Ismet Pascha mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Das neue Kabinett Ismet Pascha wird sich in seiner Zusammensetzung von dem alten kaum unterscheiden.

SPD. Genf, 27. September (Eig. Drahtb.)

In der Sonnabendsitzung des Völkerbundsrates wurde zunächst mitgeteilt, dass der Präsident des oberschlesischen Schiedsgerichts, Calonder, sein Rücktrittsgesuch zurückgenommen habe, Wegen der Einschulung der Kinder der deutschen Minderheit in oberschlesische Minderheitsschulen beschloss der Rat, das Haager Schiedsgericht anzurufen. Die Fragen, die er beantworten soll, werden noch formuliert werden. In der Hauptsache handele es sich um die grundsätzliche Festlegung, ob die Eltern das Recht haben die Schulen ihrer Kinder zu bestimmen, oder ob der Gebrauch der deutschen Sprache ausschlaggebend sein soll. Die Memelbeschwerden wurden vom Rat auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt. Hambro-Norwegen wurde zum Berichterstatter ernannt.

SPD. Prag, 27. September (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend wurde im Prager Repräsentationshause der 16. Kongres der tschechoslowakischen Sozialdemokratie eröffnet. Anwesend sind 658 Delegierte und zahlreiche Vertreter ausländischer sozialistischer Parteien. Die sozialistische Internationale hat de Brouckère-Brüssel entsandt. Zahlreich ist vor allem auch die englische Labour Party vertreten.

Im Verlauf des Kongresses hielt Ernährungsminister Bechyne eine grosse politische Rede, in der er die weitere Teilnahme an der Koalitionsregierung befürwortete, um in der verschärften wirtschaftlichen und aussenpolitischen Situation für die Arbeiterklasse und die Demokratie erfolgreich wirken zu können. Die Zusammenarbeit mit der deutschen Sozialdemokratie habe sich bestens bewährt. Die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei dürfe der Unterstützung der tschechischen Sozialdemokratie bei der Lösung der nationalen Fragen sicher sein.

SPD. Brüssel, 27. September (Eig. Drahtb.)

Der Prozess de Rosa wurde am Sonnabend abgeschlossen. Der Angeklagte wurde des Versuchs der Tötung des Kronprinzen Umberto von Italien für schuldig befunden und unter Anerkennung mildernder Umstände zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Da de Rosa zum ersten Mal verurteilt wurde, ist nach belgischem strafrechtlichem Brauch damit zu rechnen, dass er in spätestens einem Jahr auf freien Fuss gesetzt wird.

Mit der Verteidigungsrede des Advokaten Spaak, einem Sohne der belgischen sozialistischen Senatorin Spaak, erhielt der Prozess am Sonnabend seinen Höhepunkt. Die Rede war eine Leistung, die den noch jungen sozialistischen Advokaten in die Reihe der grössten Gerichtsredner erhebt. Seine Anklagen gegen das faschistische Regime, gegen Mussolini und gegen den König von Italien waren geradezu vernichtend. Seine Zitate aus den Reden und Schriften Mussolinis, der früher alte verdiente sozialistische Führer wie Turati wegen ihrer Mässigung als Reaktionäre und Verräter brandmarkte und sich als den einzigen wahren Revolutionär ausgab, der erst die Arbeiter zu Revolten und dann das italienische Volk in den Krieg hetzte, ohne aber jemals seine eigene Haut zu Markte zu tragen, wirkten wie unerbittliche Peitschenschläge. Nachdem er an Hand authentischer Texte die Gemeinheiten des italienischen Diktators aufzeigte und seine gegenwärtige schamlose Hetze zum Kriege nachwies, schloss er diesen

Teil seiner Rede mit der Frage, die höchste Bewegung in den ganzen Saal brachte: "Und nun sagt mir, ja oder nein, ist dieses Individuum nicht ein Bandit?" Ebenso furchtbar war seine Anklage gegen den König von Italien. Spaak verlas ein Schreiben, das der hervorragende englische Publizist Wickham Steed, früherer Redakteur der Londoner "Times" an den König von Italien richtete und in dem er ihn in geradezu rührenden Worten an die Zeremonie seiner Krönung erinnerte, wo der König sich nicht nur damit begnügte, die hergebrachte Eidesformel zu verlesen, sondern frei und stolz aus Eigenem sein feierliches Gelöbnis hinzufügte, dass er allezeit mit seiner ganzen Person die Freiheiten des italienischen Volkes achten und schätzen werde. Hätte Viktor Emanuel diesen Eid nicht gebrochen, dann gäbe es in Italien keinen Faschismus, dann stünde der Rosa nicht als Angeklagter heute vor dem Schwurgericht von Brabant. Spaak machte ferner einen sehr eindrucksvollen und scharfsinnigen Versuch, dem Angeklagten auch vom rein formalen juristischen Standpunkt den Freispruch zu sichern, indem er sich nachzuweisen bestrebte, dass die Tat nach belgischem Recht überhaupt nicht strafbar sei, weil wohl die Absicht der Tötung bestanden hat, es aber zu einem Beginn der Ausführung nicht gekommen sei.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Die Beratungen des Reichskabinetts über ein Gesamtprogramm wurden am Sonnabend, wie beabsichtigt, zu Ende geführt. Die mehrtägigen eingehenden Verhandlungen unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und unter Hinzuziehung des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther und des Preussischen Finanzministers Dr. Höpker-Aschoff führten zu einstimmigen Entschliessungen des Reichskabinetts. Auf Grund dieser Beschlüsse wird über Sonntag die technische Zusammenstellung des aus zahlreichen Einzelproblemen bestehenden Gesamtprogramms fertiggestellt werden. Eine abschliessende Kabinettsitzung zur Verabschiedung der formulierten Vorschläge ist alsdann für Montag Nachmittag vorgesehen; eine öffentliche Verlautbarung der Reichsregierung über das Gesamtprogramm erfolgt im Laufe des Dienstag.

SPD. Genf, 27. September (Eig. Drahtb.)

Die Beratungen über die Abrüstungsfrage wurden am Sonnabend in der dritten Kommission durch Annahme der Berichte und Entschliessungen ohne Aussprache abgeschlossen. Die Vollversammlung wird der vorbereitenden Abrüstungskommission nunmehr als Termin für ihre Arbeiten das Jahr 1930 setzen und dem Rat empfehlen, die allgemeine Abrüstungskonferenz sobald als möglich im Jahre 1931 abzuhalten.

SPD. London, 27. September (Eig. Drahtb.)

Die in Leipzig weilenden Berichtersteller der englischen Zeitungen fahren fort ausführlich über den Verlauf des Reichswehrprozesses zu berichten. Mit welchem Interesse er in England verfolgt wird, beweist die Tatsache, dass die Londoner Presse sich sogar den Eindruck der Hitlerrede von Amerika kabeln lässt.

Die "Morning Post" sagt in ihrem Bericht, die öffentliche Meinung in Amerika finde jetzt wenig Unterschied zwischen dem heutigen Deutschland und jenem, das 1914 die belgische Neutralität für einen Fetzen Papier erklärt habe. Zur Bekräftigung dieser Ansicht zitiert das Blatt die "New York Sun", die u. a. sagt: Jenes Deutschland habe den Glauben der Welt, das sich von den seichten Phrasen eines Hitler nicht den Kopf verwirren lasse, wenn aber

Hitler die Kraft besitze, auf grosse Teile des deutschen Volkes einen tiefen Eindruck zu machen, so könne die Welt nicht die Ereignisse der Jahre 1914 bis 1918 so leicht vergessen. Hitler stärke lediglich die französischen Nationalisten und nähre deren Ansicht über Deutschland, das nur durch die Gewalt zur Einhaltung seiner internationalen Verpflichtungen gezwungen werden könne.

Die "Times" beklagt in ihrem Leitartikel den Abbruch der französisch-italienischen Flottenverhandlungen. Dass es geschehen konnte, schreibt die "Times" u.a. dem deutschen Wahlergebnis und dem Sieg Hitlers zu. Europa ernte in der Hitlerbewegung einen Teil dessen, was es selbst gesät habe. Niemals hätte die ultranationalistische Bewegung in Deutschland einen solchen Umfang annehmen können, wenn die Unterzeichner des Friedensvertrages ihre Abrüstungsversprechen erfüllt hätten.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Sekretär Tülpchens Däma n.

Der verhängnisvolle Brief des Herrn Hintzelmann - Tülpchens Ehre und die brüskierte Gattin - Die Zimmerschlacht bei Hintzelmanns - Das Ueberfallkommando und "Götz von Berlichingen" - Höchst komisches Ende in Moabit.

SPD. In Berlin=Moabit stand der Sekretär Tülpchen wegen Sachbeschädigung, Beamtenbeleidigung, Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen, sowie wegen Ruhestörung vor dem Richter. Er wurde zu vier Wochen Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt.

Glauben Sie, dass Sekretär Tülpchen, dieser kleine, rundlich-gemütliche Herr mit der angeborenen Höflichkeit und dem unwiderstehlichen Zwang zum Reden seine nicht vorbestrafte Seele mit soviel Delikten überhaupt belasten kann -? Wenn man ihn in Moabit sieht, bescheiden, verlegen, linkisch -, wenn man ihn beobachtet, wie er stotternd aufspringt, wenn der grimmige Staatsanwalt sein verbrecherisches Dasein durchröntgen will, wenn man mit Erstaunen feststellt, wie dieser Sekretär mit dem Hang zu unheimlich hohen Stehkragen eine Heidenangst davor hat, seine bürgerliche Wohlanständigkeit durch eine empfindliche Strafe zu verlieren, so ist man ob dieses logischen Schnitzers der Natur wirklich ein wenig aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht. Aber sei dem, wie ihm sei, an den Untaten des Sekretärs Tülpchen ist kein Zweifel.

An einem schönen Frühherbstvormittag sitzt der Sekretär Tülpchen, mit sich und der Welt völlig zufrieden, in seiner Wohnung, als es klingelt und ein Bote einen Brief überbringt. In diesem Brief, der sich durch einen ungemein rauhen, aber trotzdem nicht herzlichen Ton auszeichnet, kann der erstaunte Sekretär unter Zuhilfenahme seiner goldgeränderten Brille die folgenden gepfefferten Sätze lesen: "Sie Schwein! Wenn Sie es noch einmal wagen sollten, meine Frau in einer öffentlichen Gesellschaft so infam und niederträchtig zu brüskieren, wie es gestern abend geschehen ist, so können Sie versichert sein, dass ich Ihnen, Sie verdammter Schmutzian, sämtliche Knochen in Ihrem düsteren Leibe zerbrechen werde. Eine Strafnazeige gegen Sie behalte ich mir ausserdem noch vor. Wagen Sie es nicht, mir jemals wieder unter die Augen zu treten, Sie unsittlicher Lümmel. Mit dem Ausdruck meiner vollkommenen Nichtachtung..." Hier folgten Name und genaue Adresse, auf die man hier ja nicht des Näheren einzugehen braucht.

Es war ein merkwürdiger Brief. Wenn man sich Sekretär Tülpchen, diesen kleinen, rundlich-gemütlichen Herrn mit den übertrieben höflichen Manieren und der fanatischen Liebe zur bürgerlichen Wohlanständigkeit noch einmal genau ansieht, so ist man immerhin einigermaßen darüber erstaunt, dass ausgerechnet so ein hemmungsloser Don Juan und "unsittlicher Lümmel" aussieht. Der Laie macht sich ja von dieser speziess Mensch ganz andere Vorstellungen. Es ist dem Sekretär zu glauben, dass er, wie er vor Gericht unter vielen Beteuerungen versichert, zuerst gänzlich "baff" war. Er las den Brief einmal, er las ihn zum zweiten und dann zum dritten Male. Dann aber übermannte Tülpchen in dem schliesslich auch so etwas wie der Ansatz zu einer Persönlichkeit schlummert, die Wut. Er hüllte sich in seinen Mantel, setzte den Hut auf, nahm zur Vorsorge seinen Eisenstock mit und machte sich spornstreichs auf den Weg, dem Absender des wenig liebenswürdigen Briefes Besuch abzustatten. Nennen wir den zürnenden Gatten der

schmählich brüskierten Frau Hintzelmann. Tülpchen erklimm schnaufend und jetzt bereits in gesteigerter Wut die zwei Treppen, schellte, fixierte die Hausangestellte, die ihm öffnete, mit einem scharfen detektivischen Blick, der ihm sonst wohl kaum liegen mag und sagte hörbar knurrend: "Herr Hintzelmann zu Haus?!" "Jawohl", wurde ihm erwidert, "wen darf ich melden?" "Tut nichts zur Sache", erwiderte giftig der Sekretär und schoss schnaubend in das Empfangszimmer, während die Hausangestellte, Tülpchen mit einem recht erstaunten Blick musternd, von dannen eilte.

Was sich jetzt abspielte, war erschütternd und komisch zugleich, Nach etwa 10 Minuten erschien Herr Hintzelmann, eine sehr magere und sehr gallig aussehende Erscheinung, die zu allem Ueberfluss, wenigstens in Moabit, ein Monokel trug. Herr Hintzelmann trat ins Zimmer, besah den kleinen, sonst so gemütlichen Sekretär, der jetzt aber, krebsrot im Gesicht, gar nicht mehr gemütlich aussah, mit einem fremden Blick, machte eine kleine Verbeugung und sagte näselnd: "Sie wünschen-?" Worauf sich Sekretär Tülpchen, soweit es ihm seine Körpermasse gestattete, männlich und würdevoll aufrichtete und Herrn Hintzelmann zuschrie: "Wie kommen Sie Flegel dazu, mir einen solchen Brief zu schreiben? Ich kenne Ihre Frau überhaupt nicht, sie kann mir gestohlen bleiben -!" Herr Hintzelmann war, man kann es ihm ohne weiteres glauben, vor Staunen starr. Er sah den kleinen tobenden Mann, der jetzt in wilder Erregung einen zerknitterten Brief in der Hand schwenkte, mit einem jener merkwürdigen Blicke an, mit denen Forscher eine ihnen bisher unbekannte neue Tierart zu betrachten pflegen und sagte, wobei seine Stimme hörbar überschnappte, nichts anderes als: "Wie bitte?" Das brachte aber den Sekretär erst recht in Wut. Fast besinnungslos vor Zorn stürzte Tülpchen in kurzen, abgehackten Schritten auf den dürren Hintzelmann zu und schlug ihm mit der geballten Faust mehrmals ins Gesicht. Der entfesselte Sekretär muss sich bei diesem Züchtigungsakt sehr angestrengt haben, denn Herr Hintzelmann ist mindestens einen guten Kopf größer als er. Nun kam es bei Hintzelmann zu einer höchst turbulenten Szene. Dem kleinen Sekretär gab der Zorn Riesenkräfte, Nach knapp drei Minuten hatte er den monokeltragenden Hintzelmann völlig k.o. geschlagen. Es mag sein, dass der also Attackierte schon durch die Flut wenig gesellschaftlicher Beschimpfungen entwaffnet war, mit denen ihn Tülpchen förmlich überschüttete. Als nach etwa zehn Minuten ein von der erschreckten Familie Hintzelmann herbeizitiertes Ueberfallkommando erschien, thronte der kleine Ungemütliche wie ein moderner Cäsar über dem Körper seines Widersachers, wobei er den ominösen Brief gleichsam als Fahne schwenkte. "Kommen Sie mit", sagte der Führer des Ueberfallkommandos zu dem wehrhaften Tülpchen und fasste ihn rauh am Arm. "Wer mich in meiner Ehre anzugreifen wagt, der ist ein toter Mann -!" entgegnete der Sekretär ein wenig unmotiviert und sah den Mann des Gesetzes so kriegerisch an, als ob er sich auch mit ihm messen wolle. Das Ueberfallkommando nahm sich nun mit einiger Energie Tülpchens an und brachte ihn zur Abkühlung auf die Polizeiwache. Auf dem Wege dorthin vergass Tülpchen wiederum all seine bürgerliche Wohlanständigkeit und belegte die Polizisten mit wenig schönen Tiernamen, an die er, gleichsam als Krönung, eine recht unästhetische Aufforderung nach dem bekannten Zitat aus "Götz von Berlichungen" anschloss.

Vor Gericht stellte sich die Sache eigentlich noch komischer heraus, als man zuerst annahm. Herr Hintzelmann hat auch heute noch keine Ahnung, weshalb er von Sekretär Tülpchen verprügelt worden ist. Von dem mysteriösen Brief, der mit den schönen Worten "Sie Schwein" begann und der Tülpchen so in Wallung versetzte, weiss er nichts. Wahrscheinlich ist der Brief an Tülpchen der schlechte Scherz eines "guten Freundes" gewesen. Herr Tülpchen aber ist wieder ebenso brav, liebenswürdig und unkriegerisch, wie einst im Mai. Er selbst weiss am wenigsten, wieso dieser Furor über ihn kam. "Es war mein Dämon, Herr Vorsitzender..." meint er seufzend. "Hoffentlich sind Sie nun endgültig entdämonisiert, Herr Tülpchen", erwidert der lächelnd. Der Sekretär zuckt die Achseln. Wer kann das wissen?! - -

+ + +

Der stürmische Frenzelprozess.

Schwere Erregungszustände des Angeklagten, - Zusammenstöße mit dem Staatsanwalt.

SPD. Da es die Pflicht der Presse ist, die Öffentlichkeit über den Fortgang der Frenzel-Verhandlung zu informieren, müssen auch einiger charakteristische Momente des dritten Verhandlungstages beleuchtet werden.

Der Angeklagte Frenzel, der ungemein erregt ist, da er anscheinend die Objektivität dieses Gerichtshofes anzweifelt, gibt eine eingehende Schilderung seines Lebenslaufs und kommt vor allem auf die Anschuldigungen zu sprechen, die seine Töchter gegen ihn erhoben haben. Er erklärt u. a., dass er sich seiner ausgedehnten Geschäfte wegen seiner Familie nicht so hätte widmen können, wie es wohl besser der Fall gewesen wäre und sieht darin eine der Hauptursachen, dass seine Töchter allmählich die Liebe zu ihm verloren haben. Er glaubt, dass Hildegard und Gertrud vor allem durch Enttäuschung zu ihrer unheimlichen Beschuldigung getrieben wurden. Als nun Staatsanwalt Stargardt sich sehr scharf gegen den Angeklagten wendet und ihm Ausflüchte zum Vorwurf macht, gerät Frenzel in eine so heftige Erregung, dass die beiden Verteidiger eingreifen müssen, um den aufgeregten Mann wieder zur Ruhe zu bringen. Frenzel springt auf und schreit am ganzen Leibe zitternd in den Saal: "Auf mir laste auch nicht die allergeringste Schuld und ich habe die feste Überzeugung, dass ich jetzt rehabilitiert werde." Frenzel fordert immer wieder die Anwesenheit seiner Töchter und richtet an den Vorsitzenden den dringlichen Appell, vor allem für das baldigste Erscheinen der Gertrud Sorge zu tragen. Er müsse unbedingt erfahren, ob das Mädchen auch jetzt noch seine entsetzlichen Beschuldigungen aufrecht erhalte. Er könne sich das nicht denken und müsse darüber Klarheit haben. Das lasse ihm keine Ruhe mehr. Trotz des stürmischen Ersuchens des Angeklagten hat der Vorsitzende anders disponiert. Die Vernehmung der Gertrud soll erst zu einem späteren Termin erfolgen. Am nächsten Dienstag geht die Verhandlung weiter. An diesem, dem vierten Verhandlungstage wird die Zeugenvernehmung mit der Frau des Angeklagten beginnen. Uebrigens drängt die Verteidigung darauf, im Frenzel'schen Hause in Bornim einen Lokaltermin abzuhalten. Es ist unmöglich, dass sich das Gericht diesem Ersuchen der Verteidigung verschliesst, da ein Lokaltermin vielleicht sehr wichtige neue Aufschlüsse über das Geheimnis der Familie Frenzel geben kann.

+ + +
Freibriefe für Mörder!

Beispiellos geringe Strafen für nationalsozialistische Totschläger.

SPD. Im Prozess gegen die nationalsozialistischen Totschläger aus der Naugarderstrasse, die ohne jeden Grund zwei Mitglieder eines linksstehenden Fussballklubs niedergeschossen hatten, fällt das Gericht am Sonnabend mittag ein Urteil, das allgemeines Befremden, ja Empörung hervorrufen muss. Entgegen dem Antrag des Staatsanwalts, der gegen die Mörder wegen Totschlags sechs und fünf Jahre Zuchthaus beantragt hatte, verurteilte das Gericht die drei Hauptangeklagten Meyer, Prüfke und Dömpke nur wegen Raufhandels und Vergehens gegen das Schusswaffengesetz zu je zwei Jahren Gefängnis. Der Angeklagte Bernsdorf, Mitglied des Fussballklubs erhielt ebenfalls wegen Raufhandels sechs Monate Gefängnis, der nationalsozialistische Schlächter Raub wurde von der Anklage der Begünstigung freigesprochen. In seiner Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, dass der Prozess kein politischer sei, da der Fussballklub, gegen dessen Mitglieder sich der Feuerüberfall der Nazis richtete, nach Ansicht des Gerichts unpolitisch sei. Wohl in Erkenntnis der Entrüstung, die dieser Spruch in weitesten Kreisen erregen wird, betonte der Vorsitzende, dass das Ur-

teil der Schwere der Tat bestimmt nicht gerecht werde, die Sache aber nicht genügend geklärt sei, um auf Totschlag erkennen zu können. Fest stünde allerdings, dass die getöteten Fussballer von Schüssen der Nazis niedergestreckt worden seien. Von einer Notwehr, auf die sich die Angeklagten berufen, könne keine Rede sein.

+
Dies Urteil wird dazu beitragen, das allgemeine Misstrauen in die Justiz zu beseitigen. Im Gegenteil! Es ist ein Freibrief für nationalsozialistische Mordbuben, da es eine feige Bluttat, die, wie das Gericht in seiner Begründung ja selbst bestätigt, gänzlich ohne Grund erfolgt war, durch geradezu aufreizend geringe Strafen "sühnt". Wer kann bestreiten, dass hier mit zweierlei Mass gemessen wird?! Eben hat das Gericht die Mörder des Studenten Wessel zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, nun erkennt es gegen die Mörder von zwei linksstehenden Fussballern auf zwei Jahre Gefängnis. Dies geradezu bestürzende Urteil ist ein Schlag ins Gesicht der wahren Gerechtigkeit. Und so lange solche richterlichen Entscheidungen gefällt werden, sollte man sich nicht wundern, dass man im Volke von einer "Hakenkreuzjustiz" zu sprechen beginnt. - -

+ + +
Schleppkahn gekentert. Auf dem Michigansee (USA) kenterte ein schwerbeladener Schleppkahn, dessen Stahltross gerissen war. Die elfköpfige Besatzung ist bis auf den letzten Mann ertrunken.

+ + +
Postflugzeug im Schneesturm. Ein Postflugzeug der Western Vanada Airway, das vor einigen Tagen in einen heftigen Schneesturm geraten war, wurde jetzt nahe dem Flughafen Southsk (Alberta) völlig zertrümmert aufgefunden. Der Pilot sowie die beiden Fluggäste konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

+ + +
Einbruch in eine Gasanstalt. In der Nacht zum Sonnabend verübten verwegene Einbrecher einen Handstreich auf die Kantine der Gasanstalt Berlin-Charlottenburg in der Gausstrasse. Sie erbrachen den Wandtresor und stahlen 500 Mark. Als vier Arbeiter sie festnehmen wollten, eröffneten die Verbrecher ein Revolverfeuer auf ihre Verfolger. Auf diese Weise gelang es ihnen, zu entkommen. Glücklicherweise wurde von den Arbeitern niemand verletzt.

+ + +
Brandstiftung eines religiös Wahnsinnigen. Der 27jährige Theologiestudent Alfred Michaelis zertrümmerte in einem Anfall von religiösem Wahnsinn sämtliche Möbel in der in der Köthenerstrasse in Berlin W. gelegenen Wohnung seines Vaters. Michaelis warf alles, was er nicht zerschlagen konnte, auf den Hof hinaus. Dann zündete er die Wohnung an. Nach dem Geisteskranken, der offensichtlich in religiösem Wahnsinn gehandelt hat, wird gefahndet.

+ + +
Nazi erschlägt Reichswehrsoldat. Im Schweidnitzer Krankenhaus verstarb dieser Tage ein Oberschütze des Schweidnitzer Reichswehrregiments VII, der am Wahlsonntag von einem Nationalsozialisten schwer verletzt worden war. Der Oberschütze, ein 20jähriger junger Mensch namens Walter Krause, befand sich am 14. September in seiner Heimat Fellhammer bei Waldenburg auf Urlaub. In einer Diele begegnete er einem Jugendfreund, der heute fanatischer Nationalsozialist ist. Zwischen dem Hitlermann und dem Soldaten kam es zu heftigen politischen Auseinandersetzungen, als der Hakenkreuzler den Reichswehrsoldaten als "Noskejünger" anredete. Schliesslich ergriff der Hakenkreuzer ein Bierglas und schlug damit auf den Soldaten ein. Der Ueberfallene wurde blutüberströmt ins Krankenhaus gebracht und ist nun nach etwa zehntägigem qualvollem Leiden seinen Verletzungen erlegen.



Wie das Reichswehrministerium Arbeitslosigkeit bekämpft.

50 Wochenstunden mit einer schönen Ausrede.

SPD. Der Reichswehrminister hat unter dem 12. September an die Marinedepot-Inspektion in Wilhelmshaven, die Inspektion des Torpedo- und Minenwesens in Kiel, an das Kommando der Marinestation der Nordsee und der Ostsee in Kiel und an die Marineintendanturen in Kuel und Wilhelmshaven folgende Verfügung erlassen:

* Gemäss § 5 Abs. 2 des TAR. vom 20. 6. 30 wird in Abänderung der Verfügung BB V d 4104 vom 8. 6. 29 angeordnet, dass mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 bei den Dienststellen im Bereich der Marinedepotinspektion und der Inspektion des Torpedo- und Minenwesens die regelmässige wöchentliche Mehrleistung 2 Stunden (bisher 3 Stunden), die regelmässige Arbeitszeit also 50 Wochenstunden (bisher 51 Wochenstunden) beträgt.

Der regelmässige Wach- und Sicherheitsdienst sowie der Dienst der Fahrzeugbesatzungen und eingeschifften Zivilarbeiter bleiben von dieser Anordnung unberührt.

Diese Verfügung ist der Arbeiterschaft bei den in Frage kommenden Dienststellen sofort bekannt zu geben. Die in den Ausführungsbestimmungen zu § 5 TAR. unter Ziffer 1 festgesetzte Frist von 14 Tagen muss unter allen Umständen gewahrt bleiben.

Es wird genehmigt, dass die durch die Arbeitszeitkürzung eintretenden Ersparnisse an Lohngeldern im erforderlichen Umfange für die Mehreinstellung von Arbeitern verwendet werden.

Im Auftrage
gez.: Unterschrift"

Zu dieser Verfügung teilt uns der Gesamtverband mit, dass die wiederholt von den Organisationen gestellten Anträge, Verordnungen und Verfügungen nur nach Anhörung der Tarifvertragsparteien herauszugeben, nicht berücksichtigt wurden. Ebenso bedauerlich ist, dass die Reichsmarineleitung nicht die Energie aufgebracht hat, endlich allgemein die 48-stündige Wochenarbeitszeit einzuführen. Damit hätte man die zur Zeit in den Betrieben vorhandene Belegschaft restlos halten können. So muss sie aber dauernd mit Entlassungen rechnen. Bei Einführung der 48-Stundenwoche wäre es sogar möglich gewesen, Neueinstellungen vorzunehmen. Wenn in dem oben angeführten Erlass von Mehreinstellungen geredet wird, dann ist das nichts mehr als eine schöne Redensart. In der Praxis wird kein Arbeitsloser eingestellt werden.

Wenn das Reichswehrministerium glaubt, mit solchen Mittelchen Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, dann befindet es sich im Irrtum. Es wäre wünschenswert, wenn sich der Reichsarbeitsminister einmal mehr darum kümmern würde, was sein Kollege im Reichswehrministerium tut.

SPD. London, 27. Sept. (Eig. Drahtn.)

Der Internationale Transportarbeiter-Kongress befasste sich in seiner Plenarsitzung vom Freitag mit den in den Kommissionen ausgearbeiteten Vorschlägen. Abgelehnt wurde die Errichtung eines internationalen Streikfonds, an-

genommen eine von 1931 an wirksame Beitragserhöhung um Zweifünftel Penny pro Mitglied, Ferner beauftragte der Kongress den Verbandsvorstand für die baldige Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu wirken. In der Debatte erklärte u. a. ein Vertreter Englands, die britische Arbeiterregierung werde demnächst dem Parlament einen auf das Washingtoner Abkommen bezüglichen Gesetzesvorschlag vorlegen. Ben Tillett-England verwies auf die heute mehr denn je notwendige internationale Einigkeit und Entschlossenheit der Arbeiterklasse. Sie könne sich den Luxus von Diktatoren und von Narren wie Hitler nicht gestatten, denn dazu seien die ökonomischen Verhältnisse aller Länder und die soziale Lage aller Arbeiter zu schwer.

SPD. Hamburg, 27. September (Eig. Drahtb.).

Die Schlusstagung des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter war der Neuordnung der Verbandssatzungen gewidmet. Diese mussten nach verschiedener Richtung hin umgestaltet werden, um den Organisationsapparat noch leistungsfähiger zu gestalten. In seltener Einmütigkeit haben die Delegierten diese Arbeit geleistet. Von den Beschlüssen ist hervorzuheben, dass erforderlichenfalls ein Reichsjugendleiter angestellt wird. Von Bedeutung ist der Beschluss, den ausgesteuerten Erwerbslosen eine Wirtschaftsbeihilfe von 500 000 Mark zu gewähren. Damit wird der Verband über seine sonstigen Leistungen hinaus zur Linderung der Not beitragen.

Ueber die Statutenänderung, die sich auf die Invaliden- und Altersunterstützung bezieht, entspann sich in der Schlusssitzung eine längere Diskussion. Der Verbandsvorstand konnte Material dafür herbeibringen, dass von Monat zu Monat die Ausgaben grösser werden. Aus diesem Grunde wurde eine Neuregelung der Beiträge für die Invalidenunterstützung herbeigeführt. Eine angenommene Entschliessung wendet sich gegen die Lehrlingszüchterei. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Eine Umänderung findet insofern statt, als anstelle des ausscheidenden Vorsitzenden Tröger der Kollege Meier gewählt wurde. An seine Stelle trat als Sekretär Hermann-Chemnitz. Ueberdies wurden zwölf im Betriebe stehende Kollegen aus den einzelnen Gauen in den erweiterten Vorstand gewählt. Der Vorsitzende des Verbandstages Hodapp-Berlin widmete dem ausscheidenden Kollegen Tröger Worte der Anerkennung für seine langjährigen Verdienste.

In seinem Schlusswort konnte der Verbandsvorsitzende Backert die seltene Einmütigkeit des Verbandstages feststellen. Dieser Verbandstag sei ein Rückblick auf eine organisatorische Tat ersten Ranges gewesen, Backert stellte fest, dass auf diesem Verbandstag keine Prinzipienreiterei getrieben worden sei. Die Beschlüsse, die gefasst wurden, dienten dem Aufbau des Verbandes und würden auf die zukünftige Entwicklung von nachhaltigem Einfluss sein.

SPD. Zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den Eisenbahnerorganisationen haben seit einigen Tagen Verhandlungen über Einführung von Kurzarbeit stattgefunden. Die Reichsbahngesellschaft behauptet, der Verkehrsausfall sei soweit fortgeschritten, dass Massnahmen auf personellem Gebiet unbedingt erforderlich seien, wenn der Etat in Ordnung gehalten werden solle.

Die Verhandlungen wären beinahe zum Scheitern gekommen und zwar durch eine grobe Indiskretion. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hatte nämlich die Vertreter der Organisationen ersucht, vorläufig keine Mitteilungen über die Verhandlungen an die Presse zu machen. Die Pressestelle der Reichsbahn selbst hat aber eine Pressenotiz über den Stand der Verhandlungen herausgegeben und zwar eine Notiz, die unwahre Behauptungen auf-

stellte. Inzwischen hat die Hauptverwaltung die Herausgabe dieser Presse-
notiz offiziell verurteilt. Nach diesem Zwischenfall wurden die Verhandlungen
am Sonnabend wieder aufgenommen. Eine nennenswerte Annäherung ist bisher nicht
zustande gekommen. Die neuen Verhandlungen sind auf Montag 11 Uhr festgesetzt
worden.

SPD. Die Pressekorrespondenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes
schreibt über die Situation am französischen Arbeitsmarkt folgendes:

"Je mehr die Arbeitslosigkeit national überhandnimmt, umso schärfere For-
men nimmt das Problem auch auf internationalem Gebiet an; denn die Krise er-
fasst allmählich auch jene Länder, die bis jetzt noch imstande waren, bis zu
einem gewissen Grade den Arbeitsmarkt der Länder mit besonders grosser Arbeits-
losigkeit zu entlasten.

Dies gilt u.a. auch für Frankreich und besonders für Paris. Wenn auch die
französische Landwirtschaft vielleicht noch Arbeitskräfte absorbieren kann,
so erträgt es doch der Pariser Arbeitsmarkt und vor allem die Bauindustrie
nicht mehr, dass sich der grösste Teil des Zuzugs fremder Arbeiter in der Haupt-
stadt festsetzt.

Der Vorstand des Pariser Gewerkschaftskartells der Bauarbeiter und Ar-
beiter der öffentlichen Dienste hat sich deshalb veranlasst gesehen, gegen ei-
ne Ueberschwemmung des Pariser Arbeitsmarktes Stellung zu nehmen und beson-
ders die in Paris arbeitenden fremden Bauarbeiter, die sich zu einem grossen
Teile den Gewerkschaften nicht anschliessen, sich um die Gesetze über die Ar-
beitszeit nicht kümmern und mit dem schlechtesten Lohne vorliebnehmen, zum
Anschluss an die Gewerkschaften und zur Beachtung der gesetzlichen Bestimmun-
gen aufzufordern,

Ferner wird von den Behörden gefordert, dass die Zahl der bei öffentli-
chen Bauarbeiten beschäftigten fremden Bauarbeiter 10% nicht übersteigen darf."

SPD. Der von den Berliner Kommunisten inszenierte Metallarbeiterstreik
bei der Firma Dr. Paul Meyer ist glatt zusammengebrochen. Der Streik sollte
den Auftakt zu einer Bewegung in der Berliner Metallindustrie bilden. Schon
bei der Firma Meyer hat sich gezeigt, wie die Berliner Arbeiterschaft über der-
artige Experimente denkt.

Es gelang den Kommunisten zunächst, einen Teil der Belegschaft in den
Streik zu drängen. Dann aber flaute die Bewegung ab. Selbst durch einen hem-
mungslosen Terror gelang es nicht, den Streik aufrecht zu halten.

Der einzige Erfolg, den die Kommunisten durch diesen wilden und vom
Zaun gebrochenen Streik erzielt haben ist, dass 16 Mann bei Dr. Paul Meyer
entlassen worden sind,

Während des Streiks ist von den Kommunisten sehr viel über die "sozial-
faschistischen" Gewerkschaften geschimpft worden. Nun, man kann folgendes
feststellen: Wären die "sozialfaschistischen" Gewerkschaften nicht gewesen,
dann lägen heute von der Belegschaft bei Dr. Paul Meyer noch mehr Leute auf der
Strasse. Den Gewerkschaften ist es in recht zahlreichen Fällen gelungen, die
infolge des Streiks ausgesprochenen Entlassungen rückgängig zu machen.

Benzinkampf.

(Was wird die Regierung tun?)

SPD. Die deutsche Benzinkonvention, durch die die ausländischen Benzinlieferanten einschliesslich der Russen mit der deutschen Schwerindustrie bis jetzt die Benzinpreise stark überhöht hielten, ist ins Schwanken geraten. Die grossen ausländischen Gesellschaften wie Shell und Standard Oil sind aus der Konvention ausgetreten, angeblich, weil sie sich die Preisunterbietungen der kleineren Gesellschaften nicht mehr gefallen lassen wollen. Damit ist der Krieg auf dem Benzinmarkt erklärt.

Unter Druck der Weltkrise ist in der raschen Zunahme des Treibstoffverbrauchs durch die Motorisierung des Verkehrs eine Stockung eingetreten. Die Erdölüberproduktion macht sich immer mehr geltend. Die Vorräte bei den Erdöltrusts häufen sich ganz beträchtlich und die Versuche, die Produktion zu drosseln, haben zu keinem Erfolg geführt. In Amerika und auf den umkämpften ausser-europäischen Märkten haben sich die grossen Oeltrusts zu weitgehenden Preissenkungen verstehen müssen. Auch auf den europäischen Märkten mussten zur Abwehr der beträchtlichen Unterbietungen Preisherabsetzungen vorgenommen werden. In Holland die Zapfstellenpreise für Benzin um $3\frac{1}{2}$ Pfennige pro Liter, in England um ca. 4 Pfennige pro Liter gesenkt worden. In der Schweiz ist der Benzinkampf regelrecht ausgebrochen, der die Trustfirmen in letzter Zeit zur Preisherabsetzung um 11 Pfennige pro Liter zwang. Die Schweizer Zapfstellenpreise liegen gegenwärtig unter Berücksichtigung des Zolls um etwa 30% unter den süddeutschen Preisen.

In Deutschland hat die Benzinkonvention die Zapfstellenpreise dagegen nur um 1 Pfennig pro Liter ermässigt und nur in einigen Kampfgebieten, in denen die Trustmarken von rumänischem Benzin bedroht werden, ist eine weitere Preisermässigung erfolgt. Wenn von den Interessenten darauf hingewiesen wird, dass sie bereits durch den Spiritusbeimischungszwang eine Mehrbelastung auf sich genommen hätten und daher zu grösseren Preissenkungen nicht imstande wären, so muss dem entgegengehalten werden, dass die Benzinkonvention anlässlich der Erhöhung des Benzinzolls im April 1930 den Zapfstellenpreis um 5 Pfennig pro Liter erhöhte, bei einer Zollmehrbelastung von nur etwa 3,7 Pfennigen, und dass die später eingetretene Selbstkostenerhöhung durch den Spiritusbeimischungszwang kaum nennenswert über diesen Mehrgewinn hinausgeht. Die jetzt vorgenommene Preissenkung um 1 Pfennig pro Liter ist wohl erfolgt, um sich so billig wie möglich vom Preisabbau loszukaufen.

Die Regierung hat nämlich, anstatt selbst gegen die Benzinkonzerne einzugreifen, dem Reichswirtschaftsrat auch die Untersuchung der Treibstoffpreise aufgegeben. Die Benzinkonvention hielt es wohl für eine kluge Taktik, vor Einleitung der Untersuchung freiwillig die Zapfstellenpreise um 1 Pfennig zu senken. Diese Preissenkung ist schon in Anbetracht der eingetretenen Verbilligung der Importpreise völlig unzulänglich. Durch die Herabsetzung der Ausfuhrnottierungen und den starken Fall der Erdölfrachtraten dürfte allein seit Jahresbeginn eine weitere Verbilligung von 2 - $2\frac{1}{2}$ Pfennig für die Importeure eingetreten sein, nachdem bereits im Vorjahre die Preise beträchtlich gesunken sind. Ist demnach die deutsche Preisermässigung im Hinblick auf die Verbilligung der Einkaufskosten und der im Ausland eingetretenen starken Preisherabsetzung völ-

lig unzureichend, so muss diese Preishochhaltung um so stärkere Missbilligung finden, weil wir ohnehin in Deutschland auch schon vor dem internationalen Sturz der Treibstoffpreise ein weit übersetztes Preisniveau für Treibstoffe hatten.

Immer wieder ist in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen worden, dass die grossen ausländischen Oeltrusts, die nicht nur die Rohölgewinnung, sondern auch die deutschen Import- und Vertriebsorganisationen, sowie das Zapfstellennetz beherrschen, riesenhafte Millionengewinne aus dem deutschen Geschäft ziehen. Auch die Knebelung des Handels durch die Benzinkonvention, die auch für markenfreies Benzin keinen billigeren Verkauf zulässt, ist unerträglich. In der Zeitschrift "Wirtschaftsdienst", die dem Hamburger Import- und Grosshandel nahesteht, ist erst jüngst errechnet worden, dass die deutschen Benzinpreise um etwa 10 Pfennig pro Liter überhöht sein dürften. Ueber die volkswirtschaftliche Verschwendung unseres viel zu grossen Tankstellennetzes und der neuerdings geschaffenen prunkvollen Service-Stationen, sowie über den unnötigen Reklamewerbeaufwand ist man sich einig. Es mehren sich, selbst aus den Kreisen der Privatwirtschaft, die Stimmen, die angesichts dieser Uebertuerung des Treibstoffverbrauchs ein staatliches Petroleum- und Treibstoffhandelsmonopol fordern, wie es bereits mehrere europäische Länder eingeführt haben. Wir glauben nicht, dass diese Regierung zu konstruktiven finanz- und wirtschaftspolitischen Neuschöpfungen fähig ist. Die Pflicht der Regierung aber ist es, angesichts der auf den Treibstoffmärkten neugeschaffenen Lage eine der Verbilligung der Einkaufskosten und der internationalen Preisentwicklung entsprechende Ermässigung auch bei den deutschen Treibstoffpreisen durchzusetzen.

Hierbei wird die Regierung sich nicht allein mit der Benzinkonvention befassen müssen, sondern auch dem Benzolverband ihre Aufmerksamkeit zu wenden. Die im Benzolverband zusammengeschlossenen Zechenkokereien haben im Frühjahr dieses Jahres nach Einführung des Benzolzolles und der Benzolabgabe ihre Preise um 5 Pfennig pro Liter erhöht, obwohl die Benzolabgabe sie nur mit ca. 3,2 Pfennig betraf. Seitdem sind auf den ausländischen Märkten die Benzolpreise beträchtlich gefallen. Trotz des enorm hohen Benzolzolles von 12 Pfennig pro Liter kann amerikanisches Benzol infolge der hohen deutschen Kartellpreise nach dem deutschen Markt weiter geliefert werden.

SPD. Der "Sozialdemokratische Pressedienst" beschäftigte sich in seiner Ausgabe vom 20. September 1930 mit der Auswanderung von rheinisch-westfälischen Bergleuten nach Russland (Donezbecken). An Hand russischer Zeitungen wurde in dem Artikel festgestellt, dass die soziale Lage, die Wohnungs-, Ernährungsverhältnisse usw. denkbar ungünstig sind. Wir wiesen darauf hin, dass die russischen Bergbautechniker seit längerer Zeit eine auf die Spitze getriebene Rationalisierung durchführen, die die Gruben von russischen Arbeitern entvölkert, so dass man deutsche Bergarbeiter anwerben muss. Der Artikel des S.P.D. schloss damit, dass die demnächst nach Deutschland zurückkehrenden rheinisch-westfälischen Bergknappen uns bald erzählen würden, dass zumindest das Donezbecken kein Sowjetparadies sei.

Auf diesen Artikel hat der "Soz. Pressedienst" eine Zuschrift erhalten, die, wie der Einsender ausdrücklich betont, ihm zugegangenes Material über die Erlebnisse der rheinisch-westfälischen Bergarbeiter im Donezbecken vorsichtig benutzt. Nebenbei bemerkt ist die Zusendung die erste und gewiss nicht uninteressante Schilderung über die Erlebnisse der jüngst nach Russland ausgewanderten rheinisch-westfälischen Bergleute. Wir lassen die Zusendung im Wortlaut folgen:

"Vor etwa zehn Jahren waren aus Berlin, Hamburg und Leipzig etwa 70 Familien nach Russland ausgewandert, um sich in den Gouvernements Wologda und Wjätka anzusiedeln; gleichzeitig werden 120 Industriearbeiter für die Maschi-

nenbauanstalt in Kolonna bei Moskau angeworben. Wie diese Unternehmungen scheiterten, und wie die Auswanderer in ihrem reinen kommunistischen Glauben auf das bitterste enttäuscht wurden, hat damals, im August und September 1920, Wilhelm Dittmann, der mit Arthur Crispian, Däumig u.a.m. eine russische Studienreise unternahm, in Aufsehen erregenden Berichten in der "Freiheit" erzählt. Die nach mancherlei Fährnissen und Schwierigkeiten auf ihr Verlangen nach Deutschland zurückbeförderten Landsleute aber kamen zu dem Ergebnis: "Bei unserer Rückkehr nach Deutschland sprechen wir den Wunsch aus, dass unser Vaterland vor solchen Verhältnissen, wie sie augenblicklich in Russland herrschen, bewahrt bleiben möge".

Obwohl innerhalb dieses Jahrzehntes die russische Wirtschaft einen furchtbaren Niederbruch erlitten hat, wurden wiederum deutsche Arbeiter nach Russland gelockt; es sind in diesem Sommer in Essen durch einen Beauftragten des russischen Kohlentrusts 730 Bergleute für das Donezgebiet angeworben worden. Sie haben im Sowjetparadies wiederum dieselben Enttäuschungen erlebt wie die Russlandwanderer von 1920. Einige sind bereits wieder in der Heimat eingetroffen und berichten von ihren eigenartigen Erlebnissen. Die verlangte Arbeitsleistung ist grösser als in Deutschland (zwölf gegen zehn Wagen Kohle täglich). Um die bergbaulichen Sicherheitsmassnahmen ist es sehr schlecht bestellt. Der Sechsstudentag steht nur auf dem Papier, denn die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden.

Versprochen hatte man den deutschen Kumpels das Blaue vom Himmel, aber an Ort und Stelle waren alle diese Zusagen vergessen. Die Unterbringung in Baracken ist keineswegs einwandfrei, ohne Ungeziefer geht es wohl auch im bolschewistischen Russland nicht. Das schlimmste aber, so erzählten die Rückkehrer, sei die für Schwerarbeiter gänzlich unzulängliche Ernährung. In Essen habe man den deutschen Bergarbeitern vorgespiegelt, sie könnten für 35 Kopeken, also 75 Reichspfennig, eine Mahlzeit von drei Gängen erhalten; in Wirklichkeit jedoch würden sie tagaus, tagein mit fleisch- und fettlosen Kohlsuppen aus einer Massenküche gefüttert. Während eines Monats hätten sie nur viermal je ein kleines Stückchen Fleisch gesehen.

Den Monatslohn von 140 Rubeln hat man in Essen und Recklinghausen den Betörten als mehr denn 300 Reichsmark ausgerechnet. In der Praxis aber hätten die 140 Rubel noch nicht die Kaufkraft von ebensoviel Mark, z.B. koste ein Fund schlechte Butter drei Rubel. Es ist kein Unterschied zwischen denen, die ihre Familie mit nach dem Donez-Revier genommen haben, und denen, die einen Teil ihrer Entlohnung nach Deutschland zum Unterhalt der Angehörigen überweisen lassen. Die Zurückgebliebenen können von 15 % von 140 Rubeln, also mit etwa 40 Reichsmark monatlich, im Essener Revier keine Familie ernähren. Die in Russland leiden schwer unter den hart an Hungersnot grenzenden Verpflegungszuständen, mehrfach sind bereits Kinder infolge Unterernährung erkrankt. Die Erwachsenen werden, wenn sie sich krank melden, zumeist als Simulanten erklärt.

Der Wunsch zur Rückkehr nach Deutschland sei allgemein, aber da man den Arbeitern ihre Pässe abgenommen hat, stösst das auf Schwierigkeiten. Bei den ersten Verhandlungen in Essen sei ihnen jedoch versprochen worden, jeder, dem es in der Sowjet-Union nicht behage, dürfe jederzeit die Rückreise antreten, die Reisekosten würden vergütet werden."

Die im Jahre 1930 nach Russland überführten deutschen Arbeiter kommen zu dem gleichen Urteil über die dortigen Zustände und über die sozialen Verhältnisse des Bolschewismus, wie die im Jahre 1920. Diesmal erhebt sich nur die Frage, ob die inzwischen für die Arbeitsvermittlung ins Ausland gesetzlich eingerichteten Stellen von der Anwerbung von Hunderten nichts erfahren haben? Ist das zuständige Landesarbeitsamt in Dortmund mit der Angelegenheit befasst worden? Hat sich nicht ein einziger an die amtlichen Auswandererberatungsstellen in Köln oder in Münster gewendet? Es hat den Anschein, als ob man die deutschen Kumpels drüben nur als Lückenbüsser betrachtet, weil die einhei-

mischen Arbeiter in der Sommerszeit die Gruben zu verlassen pflegen und sich bei Verwandten und Bekannten landwirtschaftlichen Berufes aufhalten, wo es zu mindestens reichlich zu essen gibt. Für die Einheimischen mag das vom "Zentralbüro für Statistik" der Sowjet-Union festgestellte Monatseinkommen von 67,13 Rubel genügen, für den deutschen Bergarbeiter müsste das Dreifache als unzulänglich bezeichnet werden.

Hoffentlich nimmt sich wenigstens der deutsche Generalkonsul in Charkow der in Bedrängnis geratenen Landsleute an."

Preussischer Städtetag.

SPD. Dresden, 27. Sept. (Eig. Drahtber.)

Auf dem Preussischen Städtetag, der alle drei Jahre stattfindet, sprach Oberbürgermeister Brauer-Altona über kommunale Kreditfragen. Er führte u. a. folgendes aus: "Der Bedeutung der Städte und ihrem gewaltigen Aufgabenkreis entspricht keinesfalls ihre finanzielle Stellung. Als die staatsrechtlich schwächste Gruppe der öffentlich rechtlichen Gebietskörperschaften kommen die Gemeinden gegenüber Reich und Ländern in finanzieller Hinsicht zu kurz. Zehn Jahre lang, von 1914 bis 1924, haben die Gemeinden alle Anschaffungen zurückstellen müssen. Die Städte konnten ihren angestauten Bedarf nur aus Auslandsanleihen befriedigen. Die kommunalen Auslandsanleihen bewahrten die Wirtschaft vor Steuern und Tarifierhöhungen. Sie bedeuten zugleich Kommunalaufträge an die Privatwirtschaft. Die öffentlichen Körperschaften hätten jährlich über 18,5 Millionen Mark mehr aufwenden müssen, wenn sie in den Jahren 1925 bis 1929 statt der Auslandsanleihen Inlandsanleihen aufgenommen haben würden. Während die Beratungsstelle gegenüber anderen öffentlichen Anleihen weniger Zurückhaltung übte, bereitete sie den kommunalen Auslandsanleihen Schwierigkeiten mit der Begründung, dass die Kommunalanleihen nur zu geringen Teilen unmittelbar produktiven Zwecken dienten. Die sozialen Ausgaben sind vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus weit produktiver als die Errichtung von Kinos, Tanzdielen und Fabriken für Schönheitsmittel. Die Abschneidung vom Auslandskapitalmarkt führte zu einer unrationellen Bedürfnisbefriedigung durch zu teure und kurzfristige Kredite. Die Kosten dieser Kreditverteuerung trägt der Steuerzahler und mit ihm die Wirtschaft. Die Ablehnung zahlreicher kommunalen Anleihen legte vielfach die gemeindliche Auftragserteilung still und verstärkte die Wirtschaftskrise. An die Stelle der Anleihen traten erhöhte Realsteuern und erhöhte Werkstarife. Wenn man eine Bewirtschaftung des Kapitalmarktes durchführen wollte, so müsste sie ebenso wohl die Anleihen der Privatwirtschaft wie diejenigen der Kommunalwirtschaft einer einheitlichen Kontrolle unterwerfen. Stattdessen legte man vor einigen Wochen den Entwurf von neuen Richtlinien für die Gemeinden vor, der die bisherige Falschpolitik auf die Spitze treibt und auf eine vollständige Aufkündigung der finanziellen Selbstverwaltung der Kommunen hinausläuft. Es ist charakteristisch, dass die neuen Knebelungsvorschriften ausgearbeitet worden sind, ohne dass man es für notwendig erachtete, die zentralen Organisationen der Gemeinden zur Beratung heranzuziehen. Erst knapp 24 Stunden vor der entscheidenden Länderkonferenz fand mit ihnen die erste Besprechung über den Inhalt der Richtlinien statt. Die Städte empfehlen anstelle der geplanten Anleihepolizei und Anleihezwangswirtschaft eine selbstverantwortliche Anleiheprüfung durch die von ihnen errichteten Kreditausschüsse beim Deutschen Städtetag und beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband. Ein Ausbau dieser Anleihekontrolle der kommunalen Selbstverwaltung, die vorhandene kommunale Aufsicht und eine freiwillige, von nationaler Disziplin getragene Zusammenarbeit des Reiches, der Länder und der Gemeinden werden weit stärkere Erfolge auf dem Gebiete des Kommunalkredits

erzielen als äusserer Zwang.

Der Vorstand des preussischen Städtetags legte eine Entschliessung vor, in der es heisst: "Die Wiederaufbauarbeit der Gemeinden seit Kriegsende hat die Gemeinden zu erheblicher Inanspruchnahme des Kapitalmarktes genötigt. Die Drösselungspolitik des Reiches und der Reichsbank hat zum Teil das Anwachsen der überhohen kurzfristigen Verschuldung verursacht. Die von den Städten freiwillig gebildeten kommunalen Kreditausschüsse haben ihre Bewährung in praktischer Arbeit erwiesen. Die Ordnung auf dem Kapitalmarkt ist durch diese freiwillige Disziplin gewährleistet. Die Fortführung der Beratungsstelle für Auslandskredite, noch dazu in ihrer bisherigen Form und Zusammensetzung, ist deshalb abzulehnen. Vor allem aber ist die geplante Ausdehnung ihrer Zuständigkeit auf Auslandsanleihen und auf Anleihen der Versorgungsbetriebe mit einer Rechtspersönlichkeit als ebenso schädlich wie überflüssig schärfstens zu bekämpfen".

Von deutschnationaler Seite ist hierzu ein Abänderungsantrag eingegangen. Danach soll für langfristige Anleihen der Einfluss des Reichsfinanzministers bestehen bleiben und gewährleistet sein. In der Aussprache erklärte Stadtkämmerer Asch-Frankfurt sich gegen den deutschnationalen Abänderungsantrag und betonte, dass das Problem des kommunalen Kredits sich nicht von den Fragen der Finanzwirtschaft getrennt behandeln lasse. Wir brauchten einen systematischen Umbau des gesamten Steuersystems, der den Gemeinden nicht nur die Verantwortung für die Ausgaben, sondern auch die Verantwortung für die Einnahmen gibt und darüber hinaus auch dem Gesichtspunkte der lokalen Verbundenheit und Solidarität Rechnung trägt. Bei der Abstimmung wurde der deutschnationale Abänderungsantrag abgelehnt und darauf die Entschliessung des Vorstandes gegen wenige Stimmen angenommen.

SPD. Am Sonnabend fand in Berlin die Generalversammlung der Industriebau Held & Francke A.G. statt. Der Fall der Industriebau beschäftigt die Öffentlichkeit nun seit Monaten. Wie sehr den Beteiligten daran gelegen zu sein scheint, der Öffentlichkeit die volle Wahrheit über Industriebau Held & Francke A.G. vorzuenthalten, geht aus den Ausführungen hervor, die ein Oppositionsredner am Sonnabend machte. Der Oppositionsredner Rechtsanwalt Dr. Netter führte aus, nach seinen Informationen seien mit den in der Verwaltung vertretenen Banken bestimmte Abreden getroffen worden, um einen glatten Verlauf der heutigen Generalversammlung sicherzustellen. Die Banken wollten auch billige Kredite gewähren und neue Aktien übernehmen; aber dafür hätten sie sich ausbedungen, dass der Grossaktionär bei Industriebau Held & Francke, die A.G. für Verkehrswesen, mit seinen Stimmen für die Entlastung der Gesamtverwaltung eintreten solle. Ausserdem lägen bestimmte Abmachungen über eine Regresspflicht des Generaldirektors Katzenellenbogen vom Spritkonzern vor.

Es ist schon eine mysteriöse Angelegenheit mit Held & Francke. Das Unternehmen wurde seinerzeit von den Berliner Grossbanken und dem Spritkonzern an die A.G. für Verkehrswesen abgestossen. Der Generaldirektor der A.G. für Verkehrswesen ist der bekannte Rechtsanwalt Lübbert, der durch die Inflation hoch- und in den Besitz der A.G. für Verkehrswesen gekommen ist und dem man nachsagt, er sei der Finanzminister des Stahlhelms. Im Fall Held & Francke ist dieser Finanzminister recht gründlich hereingefallen. Er hat in der Held & Francke A.G. ein Unternehmen gekauft, das angeblich die Rekorddividende von 11% zahlen konnte, aber in Wirklichkeit ein schlimmes Defizitobjekt ist. Die Sache dürfte so liegen, dass die Banken in Gemeinschaft mit dem Generaldirektor Katzenellenbogen vom Spritkonzern der A.G. für Verkehrswesen das Defizitobjekt Held & Francke angedreht haben. Das Defizitobjekt Held & Francke sollte durch die rentable A.G. für Verkehrswesen gespeist werden. Zum mindesten behauptet Rechtsanwalt Lübbert, dass die Bilanz von Held & Francke schon für 1928 ei-

nen Verlust von 2 Millionen Mark hätte ausweisen müssen. Trotzdem hat das Unternehmen 11 % Dividende gezahlt. Nach Lübbert ist durch die unberechtigte Dividendenausschüttung der Fehlbetrag auf 3,5 Millionen angewachsen. Aus schon früher eingegangenen Geschäften seien im Jahre 1929 weitere Verluste von 2 Millionen Mark entstanden. Wenn das alles stimmt, ist Lübbert glattweg von den Banken und vom Spritkonzern hereingelegt worden, und man kann schon das Bestreben der Aktionäre begreifen, den massgebenden Mann bei dem Geschäft, den Generaldirektor Katzenellenbogen vom Spritkonzern, schadenersatzpflichtig zu machen. Darum geht jetzt das Spiel.

Seit dem Zusammenbruch der Favag hat die deutsche Privatwirtschaft kaum einen Skandal erlebt als den bei Held & Francke. Die Privatwirtschaft liebt es, ihre Presse immer wieder gegen die Gemeinwirtschaft zu hetzen und ihr alle möglichen Korruptionsstückchen anzuhängen. Wir können nur betonen: wenn so etwas wie bei der Favag und bei Held & Francke in der Gemeinwirtschaft vorkäme, so wäre die Gemeinwirtschaft für immer abgetan. Der Fall Held & Francke zeigt abermals, wie notwendig eine durchgreifende Reorganisation unseres Aktienrechts und wie erforderlich eine Kontrolle ist, die auf der Mitwirkung der Arbeiterschaft beruht.

Im übrigen ist es notwendig, aus den Verhandlungen der Generalversammlung bei Held & Francke einige Rosinen aufzuzeigen. Lübbert sprach u.a. von einem empfindlichen Verlust bei Held & Francke, weil "hohe Provisionszahlungen" geleistet werden mussten. Was mögen das für hohe Provisionszahlungen sein? Weiter hörte man, dass einige Direktoren mit der eigenen Gesellschaft umfangreiche Privatgeschäfte gemacht haben. So sollen beispielsweise die jetzt ausscheidenden Generaldirektoren Pieler und Rhode im Jahre 1927/28 zusammen 380 000 Mark der Gesellschaft entnommen haben, während sie legal "nur" 190 000 beanspruchen könnten. Nur 190 000 Mark! Solche Zahlen werden der Öffentlichkeit vorgesetzt, der man jeden Tag predigt, dass die gegenwärtigen Hungerlöhne der Arbeiter reduziert werden müssten, "um die Wirtschaft zu retten". Man tut sich nicht genug, um die in der Gemeinwirtschaft gezahlten Gehälter, die weit unter den in der Privatindustrie gezahlten Gehältern liegen, zu einer Agitation gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften auszunutzen. Andererseits erfährt man, dass zwei Direktoren mirnichtsdirnichts fast 200 000 Mark zuviel "bezogen" haben.

SPD. Am Sonntag wurde in Berlin der erste Weltkongress der Allgemeinen jüdischen Arbeiterorganisation in Palästina eröffnet. Die Organisation umfasst die gesamte jüdische Arbeiterschaft Palästinas ohne Unterschied der Partei und zählt etwa 30 000 Mitglieder. Angesichts der vielfachen Schwierigkeiten, die sich dem Aufbau einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina auf der Grundlage der Arbeit und im Geist des Sozialismus entgegenstellen, unternimmt es die Arbeiterorganisation, ihr Werk vor einer breiteren Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. Zuguterletzt wird damit die Frage über die Durchführbarkeit des jüdischen nationalen Werkes in Palästina aufgeworfen.

Der Kongress ist von Vertretern aus der ganzen Welt beschiedt. Besonders stark ist die Vertretung aus Amerika.

Den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund vertritt Alex. Knoll, die Gewerkschaftsinternationale Sassenbach. Die französische Sozialdemokratie ist durch Jean Longuet und die englische Labour Party durch Cecil Malone vertreten.

Flau - reichlich Kahnware.

(Berliner Getreidebörse vom 27. September)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte eine ausgesprochen flauere Stimmung, von der in der Hauptsache Roggen betroffen wurde. Am Markte der Zeitgeschäfte waren sehr beträchtliche Preisverluste festzustellen, die sich auf alle Monate verteilen und durchschnittlich etwa 5 bis 6 Mark betragen. Beim Weizen waren die Rückgänge geringer, beliefen sich aber immerhin auf $2\frac{1}{2}$ bis 4 Mark. Im Handel mit effektiver Ware ging Weizen um 3, Roggen um 4 Mark zurück. Das Angebot an märkischer waggonverladener Ware war zwar nicht gross, aber nach wie vor drückte das starke Angebot an Kahnware auf den Markt. Die Käufelust blieb sehr klein, da der vorhandene Lagerraum in Berlin schon vollkommen in Anspruch genommen ist und Speicherraum für weiter eintreffende Ware kaum mehr zur Verfügung steht. Auch von der Seite des Konsums her bekam der Markt keine Anregung. Das Mehlgeschäft schleppte sich weiter dahin, obwohl die Mühlen ihre Forderungen abermals ermässigt haben. Auch beim Hafer übertrifft das Angebot die Nachfrage.

	26. September	27. September.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	224 - 226	219 - 222
Roggen	152 - 154	149 - 151
Braugerste	200 - 220	198 - 220
Futter- und Industrierogerste	175 - 188	172 - 184
Hafer	150 - 160	147 - 156
Weizenmehl	26,75-35,00	26,50-34,75
Roggenmehl	22,75-26,25	22,25-26,00
Weizenkleie	7,75- 8,25	7,50- 8,00
Roggenkleie	7,50- 7,75	7,25- 7,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen: September 235 (Vortag 238 $\frac{1}{2}$), Oktober 238 $\frac{1}{2}$ (241), Dezember 251-250 (255), März 265 (267). Roggen September 164 (169), Oktober 165 (169), Dezember 177 (183 $\frac{1}{2}$), März 191 (196 $\frac{1}{2}$). Hafer September - (157), Oktober 151 $\frac{1}{2}$ -150 (155), Dezember 160 $\frac{1}{2}$ -159 $\frac{1}{2}$ (166), März 175-174 Brief (180).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 27. September: I. 130 Mark, II. 118 Mark, III. 102 Mark je Zentner. Tendenz: sehr ruhig.

SPD. Die Reichsbank hat weitere Goldverkäufe im Betrage von 35 Millionen Mark vorgenommen. Das Gold geht an die Bank von Frankreich. Insgesamt hat die Reichsbank somit nach dem letzten Reichsbankausweis vom 23. September etwa 100 Millionen Mark Gold abgegeben. Die Verkäufe von Gold an die Bank von Frankreich gehen darauf zurück, dass die Abzüge von französischem Geld aus Deutschland besonders stark sind.